

Brennpunkte der deutschen Putenwirtschaft

Stallbaurecht flexibler gestalten!

Politische Diskussionen, vermischt mit Stallgeruch, gab es im Juli 2019 auf dem Moorgut Kartzfehn in Bösel. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Silvia Breher besuchte auf Einladung des VDP-Vorsitzenden Thomas Storck die Brüterei des Unternehmens sowie zwei Putenställe in der Region.



Die Landkreise Cloppenburg und Vechta, Hochburgen der deutschen Putenwirtschaft, gehören zum Wahlkreis von Silvia Breher (CDU). Die Abgeordnete ist im Deutschen Bundestag Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und für ihre Fraktion Berichterstatterin für Tierschutz und Baurecht. Ihr Besuch war somit eine gute Gelegenheit für Thomas Storck und Gernot Kuhlmann vom VDP sowie ZDG-Präsidiumsmitglied Heinz Bosse, mit ihr über politische Brennpunkte der Putenhalter zu diskutieren.

Deutschland ist unter den nennenswerten Putenerzeugern in Europa mit Abstand Vorreiter in Dingen Tierwohl, stellte Bosse klar. In Polen und Frankreich, zwei Schwergewichte der Putenfleischerzeugung, gebe es keine freiwillige Branchenvereinbarung wie in Deutschland. In Frankreich z. B. betrage die Besatzdichte 70 bis 80 kg/m², in Deutschland 52 bzw. 58 kg/m² für Henne bzw. Hahn, für die Mäster der Initiative Tierwohl sogar nur 53 kg bzw. 48 kg/m². Länder wie Österreich würden

mit einer Jahresproduktion von gerade einmal 2,3 Mio. Puten (Europa insgesamt 230 Mio. Puten) als Vorbild dargestellt. Seitdem Österreich seine Besatzdichte auf 40 kg/m² runtergefahren habe, kämpften dort aber viele Betriebe um ihre Existenz.

Auf die Wettbewerbsfähigkeit auch deutscher Erzeuger drücken nicht nur die vergleichsweise niedrigen Besatzdichten, sondern auch restriktive Genehmigungsverfahren. Während laut Bosse in Polen eine Stallbaugenehmigung für Geflügel allgemein gelte, ist das in Deutschland komplizierter, wie Thomas Storck erklärte: Eine Anlage für z. B. 14 999 Putenhähne ist nach Baurecht zu genehmigen. Dieselbe Stallanlage würde mit einer höheren Putenhennenbelegung trotz weniger Emissionen ein langwieriges Genehmigungsverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz durchlaufen (ab 15 000 Plätze bei Puten), bei Hähnchen liege die Grenze bei 30 000 Plätzen. „Für alle Ställe, die vor der Änderung des Baugesetzbuches im Jahr 2013 entstanden sind, brauchen

wir flexiblere Regelungen“, forderte der VDP-Vorsitzende. Allein einen Außenklimabereich nachzurüsten, sei wegen der Zielkonflikte zwischen Umweltschutz und Tierwohlanforderungen schwierig. „Wir schaffen uns selbst ab, wenn wir so weitermachen.“

Das Baugesetzbuch soll angepasst werden, informierte dazu Silvia Breher. Explizit soll § 35.1.4., der auf Anforderungen für den Bau oder Umbau von Ställen im Außenbereich eingeht, ergänzt werden. Für Umbauten zum Zwecke von Tierwohlverbesserungen soll es hier Erleichterungen geben.

Pflichtkennzeichnung für Haltung und Herkunft

Diskutiert wurde auch das Thema Kennzeichnung. Die Branche fordert eine verpflichtende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung für Fleisch, damit der Verbraucher die höheren nationalen Standards erkennen kann. Hier sei auch das wichtige Segment des Außer-Haus-Verzehrs einzubeziehen, ergänzte Storck. Er machte darauf aufmerksam, dass

1 – Diskussionsrunde im Moorgut Kartzfehn, v. l.: Heinz Bosse, Geschäftsführung der Moorgut Kartzfehn von Kameke GmbH & Co. KG und Präsidiumsmitglied des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG), Gernot Kuhlmann vom Vorstand des Verbandes Deutscher Putenerzeuger (VDP), die Bundestagsabgeordnete Silvia Breher, der VDP-Vorsitzende Thomas Storck und Thorsten Mahlstedt, Abteilungsleiter Marketing und Export bei Moorgut Kartzfehn.

2 – Silvia Breher und Thomas Storck im Putenstall von Markus Göken (M.).

Fotos: Gnauk, Mahlstedt

das fondsgebundene Konzept der Initiative Tierwohl im Lebensmitteleinzelhandel nur bis 2021 abgesichert sei, „ab dann müssten wir die 4 ct/kg Tierwohlaufschlag selbst zahlen.“

Dann wird unsere Ware austauschbar gegenüber anderer Ware“, gab er zu bedenken. Dass die Vermarkter hier einen Aufpreis zahlen, funktioniere bei Geflügel wegen fehlender Preisnotierungen nicht.

Breher erinnerte hier an den Koalitionsvertrag, der eine staatliche Tierwohlkennzeichnung bis Mitte der Legislaturperiode fordert. Eine verpflichtende Kennzeichnung werde bis dahin kaum durchsetzbar sein. Sie schlug vor, mit einem freiwilligen Label zu starten und in einem definierten Zeitraum mit einem verpflichtenden nachzuziehen.

Die Hennen im Putenhahnenland fördern

Im Jahr 2018 wurden in Deutschland 20,6 Mio. Hähne und 7,5 Mio. Hennen gemästet, darüber informierte Heinz Bosse. „Das macht uns durch den wirtschaftlichen Vorteil der Hahnenmast in der gesamten Produktionskette wettbewerbsfähiger gegenüber anderen EU-Ländern. Dennoch sollten wir die Hennenmast in Deutschland weiter fördern. Wir denken auch, dass das Fleisch zarter ist.“ Einige Vermarkter in Deutschland hätten schon preislich reagiert, ebenso die Brüteereien mit Kükenpreisveränderungen zugunsten der Henne. Eine einseitige Forderung nach Nichtschnabelbehandlung in Deutschland, die nach heutigen Erkenntnissen gerade bei der in Deutschland gängigen Offenstallhaltung nicht funktioniere, würde dagegen das Problem verschärfen, ergänzte Storck.

Düngeverordnung: Mist nicht mehr erwünscht?

Auch die Düngeverordnung (DüV) wurde in Bösel diskutiert. „Bleib mit Deinem Mist, wo Du bist“, heißt es seit der DüV-Novelle, berichtete Storck, der Putenhaltungen in Mecklenburg-Vorpommern betreibt. Große Ackerbaubetriebe würden dort den guten Dünger aus den Pu-

tenställen nicht mehr abnehmen, stattdessen Mineraldünger bevorzugen. Zudem steige der bürokratische Aufwand immens. Breher sieht bezüglich der EU-Klage vor allem ein Kommunikationsproblem: „Bei uns hat sich bezüglich Düngung viel geändert. Wir haben es aber nicht geschafft, dies nach Brüssel zu kommunizieren.“ Sie sprach auch die aus ihrer Sicht nötige Harmonisierung des EU-Messnetzes für Nitrateinträge in Gewässer an.

Nöte der Landwirte bei Stallbesuchen erfahren

Die Landwirte Heinrich und Sohn Andreas Kühler sowie Markus Göken öffneten nach den Gesprächen im Moorgut Kartzfehn und dem Brütereibesuch für die Politikerin sowie Vertreter von Branche und Presse ihre Ställe mit Putenaufzucht bzw. -mast. Hier erfuhr die Bundestagsabgeordnete vor Ort, wo „des Mästers Schuh drückt“. So belastet offenbar viele Landwirte die wachsende Kontrolldichte und -schärfe auch zunehmend psychisch. „Vor Weihnachten waren drei verschiedene Kontrolleure auf einmal da, gleichzeitig muss ich mich um das Wohl meiner Tiere kümmern“, berichtete Heinrich Kühler. Mitarbeiter bräuchten dafür immer mehr Anleitung und Schulung. „Ohne moderne Landwirtschaft geht es aber nicht, wenn wir die Bevölkerung ernähren wollen“, ist sich der Putenaufzüchter sicher.

„Unsere Familienbetriebe kümmern sich sehr um ihre Tiere, das ist schon einmalig“, schätzte Thorsten Mahlstedt ein, der als Abteilungsleiter Export und Marketing bei Moorgut Kartzfehn weltweit unterwegs ist. „Unsere Halter brauchen aber gewisse Tierzahlen für die wirtschaftlich nötige Kostendegression. Außerdem können sie sich nur so Mitarbeiter in den Ställen leisten, um die Tierhaltung auch ordentlich zu betreiben und Urlaubsvertretungen abzusichern.“

Susanne Gnauk, DGS